

# ICH WÜRD E JA GERN

Unsere Autorin geht nicht auf Demos, Politiker langweilen sie, und eine Online-Petition hat sie noch nie unterschrieben. Stimmt irgendetwas nicht mit ihr?

Text: Leonie Seifert Illustration: Jochen Schievink





**M**

ein Name ist Leonie Seifert, ich bin 26 Jahre alt, und ich gehöre einer Generation an, von der es oft heißt, sie sei unpolitisch. Zahlen scheinen das zu bestätigen: Rund 40 Pro-

zent der 20- bis 30-Jährigen haben bei der letzten Bundestagswahl nicht gewählt, zeigt die repräsentative Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes. »Egotaktiker«, »Pragmatiker«, »Nutzenmaximierer«, so nennen uns Sozialforscher regelmäßig in ihren Jugendstudien. Sie haben herausgefunden, dass Eltern für uns keine Gegner sind, sondern Vorbilder. Statt Ungehorsam und Auflehnung sind uns Fleiß und Pflichterfüllung wichtig. Und wir wünschen uns nicht gesellschaftliche Veränderung, sondern ein heiles Privatleben, am besten mit einem eigenen Haus im Grünen.

Meine eigene, gefühlte Wahrheit ist eine andere. Okay, stimmt: »Haus im Grünen« klingt gut, und mit meinen Eltern verstehe ich mich auch. Ich bin kein Parteimitglied und gehe nicht auf Demos. Aber wenn ich mich im Bekanntenkreis umschaue, erlebe ich, dass alle den Prozess zur Mordserie des NSU verfolgen. Als die Piraten zum Parteitag riefen, twitterten meine Freunde bis spät in die Nacht mit den Delegierten. Nach Feierabend diskutiere ich mit Kollegen darüber, wie wir in Zukunft arbeiten wollen und was sich dafür in der Gesellschaft verändern muss. Bin ich vielleicht doch politisch? Das will ich herausfinden. Ich will wissen, was Politik mit mir macht.

## 1. Der Bundestag

»Du bist vom Überwald-Gymnasium, da entlang bitte«, sagt ein Mann, ohne mich anzuschauen. Dann blickt er von seiner Liste auf und schmunzelt über seinen Irrtum. Ich bin im Deutschen Bundestag in Berlin. Hier will ich meine Suche beginnen. Der Plenarsaal mit den blauen Sitzen ist meine erste Erinnerung an Politik, ich kenne ihn aus der *Tageschau*. Ich zeige dem Mann das rote Schild an meiner Jacke, »Presse«. Ich darf rein.

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung stehen heute große Themen wie Gesundheitsprävention und Wirtschaftskriminalität. Und eher kleine wie das Recht auf die Eröffnung eines kostenlosen Girokontos. Die Diskussionen dazu klingen ungefähr so:

»Wir sind guten Mutes, dieses Thema in der kommenden Legislaturperiode beherzt anzugehen.« (Bündnis 90/Die Grünen)

»Die Wurschtigkeit, mit der Sie über dieses Thema sprechen, ist eine Frechheit.« (FDP)

»Handelt es sich bei Ihrem Antrag um einen Beitrag zum heraufziehenden Wahlkampf oder um Fleißarbeit?« (CDU)

»Hier geht es um schicke Verpackungen, um für den künftigen Wahlkampf etwas ins Schaufenster legen zu können.« (Die Linke)

»Ihr Entwurf hat nur einen Zweck: Er ist ein Feigenblatt für Ihren Wahlkampf.« (SPD)

Alle werfen sich gegenseitig vor, sich nur für die Wahl zu interessieren und nicht für Inhalte. Es gibt viele Zwischenrufe. Applaus nur für die eigene Fraktion. Bis auf ein einziges Mal: Am Rednerpult steht Erwin Lotter, Gesundheitsexperte der FDP. Auf seinem

Rücken trägt er einen kleinen Rucksack, aus dem zwei Schläuche in seine Nase führen. Seine Stimme klingt rau. »Ich habe die Diskussionen mit Ihnen immer sehr genossen«, sagt er. Lotter hat eine Lungenerkrankung, ohne die Sauerstoffmaschine auf seinem Rücken kann er nicht mehr atmen. Es ist seine letzte Sitzung. Nach seiner Rede stehen alle auf und klatschen, egal zu welcher Partei sie gehören. Danach geht es weiter wie zuvor.

Die Mitgliederzahlen der beiden großen Volksparteien schrumpfen seit Jahren: So hat die CDU in den vergangenen zehn Jahren rund 100 000 Mitglieder verloren und die SPD fast 200 000. Unter 30 sind bei der SPD nur noch sieben Prozent der Mitglieder, bei der CDU sogar bloß fünf Prozent. Die Demokratie hat ein Nachwuchsproblem, und ich kann nicht aushelfen. Konkurrenzkampf gibt es überall, aber hier schreckt er mich besonders ab. Die Rhetorik, mit der die Politiker sich gegenseitig auszustechen versuchen, erscheint mir unernst und beliebig. Und, ich gebe es zu, für Sitzungen, bei denen Tagesordnungspunkte immer wieder verschoben und Anträge auf die lange Bank geschoben werden, fehlt mir die Geduld.

## 2. Die Landtagspolitikerin

Selbst wenn ich nicht in den Bundestag wollte, sondern bloß in ein Stadtparlament oder einen Landtag: Ich wüsste nicht, in welche Partei ich eintreten sollte. Ich habe den Eindruck, alle wollen dasselbe. »Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr durch ver-



schiedene ideologische Glaubensbekenntnisse«, heißt es in einem Kommentar in der *ZEIT*. »Dieser Umstand macht das Wählen außerordentlich schwierig.« Diese Sätze hat die frühere Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff geschrieben, das war im Jahr 1965. Es klingt so, als seien die deutschen Parteien schon immer enttäuschend gewesen. Warum sollte ich dann heute noch in eine eintreten?

Angela Dorn könnte mir das erklären. Sie ist 31 Jahre alt und Spitzenkandidatin der Grünen für die Landtagswahl in Hessen am 22. September, dem Tag, an dem auch der Bundestag neu gewählt wird. Wir sitzen in einer Eisdiele, und Dorn, eine große, schlanke Frau mit braunen Locken, sagt: »Man muss in die Parlamente gehen, um etwas zu bewegen.«

Dorns Karriere begann da, wo viele Politikerkarrieren beginnen: in der Schülervertretung. Später, als Psychologiestudentin, trat sie den Grünen bei und stieg schnell auf. Ein Jahr lang arbeitete sie in einer forensischen Psychiatrie. Dann kündigte sie, um Berufspolitikerin zu werden. Zusammen mit anderen habe sie in Hessen die Studiengebühren verhindert, sagt sie. Und durchgesetzt, dass Fracking in Nordhessen vor dem Aus stehe. Keine schlechte Bilanz mit 31 Jahren.

Mir fällt auf, dass sich die Sprache von Angela Dorn ändert, wenn sie über ihre Arbeit im Parlament spricht. Sie benutzt dann Wendungen wie »Verantwortung tragen«, »Kompromisse machen« oder »Lösungen finden«. Als ich sie darauf anspreche, sagt Dorn, sie habe Sorge, dass viele Leute Politiker deshalb als Comicfiguren mit leeren Sprechblasen

sehen. Früher, als sie ihre ersten Reden hielt, hätten Zeitungen sie nie zitiert. »Ich habe mich zu kompliziert ausgedrückt«, sagt Dorn. Deshalb habe sie sich diese Sätze angewöhnt, die bekannten Phrasen, eben den »Politikersprech«. Als ich mich von Angela Dorn verabschiede und die Eisdiele verlasse, weiß ich: Ich will nicht so sprechen müssen.

### 3. Die Demo

Raketen schießen in den Himmel, als wir losrennen. »Haben die noch was vor?«, ruft neben mir ein Jugendlicher, dessen Gesicht ich nicht erkennen kann. Alle um mich herum tragen schwarze Kapuzenpullis, schwarze Schals und dunkle Sonnenbrillen. Ich bin im Hamburger Schanzenviertel, unweit der Roten Flora, eines der letzten besetzten Häuser der Stadt, und demonstriere. Ich will herausfinden, was ich erreiche, wenn ich mit Hunderten anderen unterwegs bin, alle mit demselben Ziel. Ins Parlament will ich nicht, vielleicht sollte ich auf die Straße gehen?

Die Demo hat mir die Polizei empfohlen. Vor ein paar Tagen habe ich dort angerufen und nach den nächsten angemeldeten Demonstrationen gefragt. Es stand eine Demo gegen »neoliberale Stadtentwicklung« an, für »Halterkunde statt Rassenliste« und für »Solidarität mit den Griechen«. Den Griechen geht es schlecht, Zehntausende verlieren ihre Jobs. Zwei Drittel der jungen Griechen sind arbeitslos, die Krankenhäuser können ihre Patienten nicht mehr versorgen. Es gibt viele Gründe, sich mit ihnen zu solidarisieren.

Selbst der Polizeibeamte war dafür. »Das ist doch ein gutes Ziel«, sagte er.

Auf einer Demo war ich zum letzten Mal in der elften Klasse. Mit dem ganzen Jahrgang demonstrierten wir vor dem nordrhein-westfälischen Landtag gegen die Kürzungen bei Ersatzschulen. »Hände weg vom Spardiktat« hatte ich auf ein Plakat geschrieben. Wir hatten ein konkretes Ziel und waren erfolgreich: Die Kürzungen blieben aus. Man muss nicht bis nach Tunesien oder Ägypten schauen, um zu erkennen, dass gemeinsame Demonstrationen etwas verändern können. Auch der deutsche Atomausstieg und das Ende der DDR haben mit Demos begonnen.

Doch dieses Mal bin ich mir nicht so sicher, dass unsere Demo etwas verbessern wird. Auf dem Demowagen, der uns anführt, steht: »*Solidarity means fighting*«. Ich laufe mit Demonstranten mit, die »Wir sind gegen die Krise im Allgemeinen und im Speziellen« und »Kapitalismus abschaffen« rufen. Ich denke an die Griechen. Was es ihnen wohl hilft, wenn 1000 Vermummte für die Abschaffung des Wirtschaftssystems demonstrieren? Was soll die Bundesregierung jetzt machen? Selbst wenn wir Angela Merkel überzeugen würden, den Kapitalismus abzuschaffen, ist es mir unmöglich, zu sagen, was danach kommt – und ob das für die Griechen besser wäre. Ich habe den Verdacht, dass es den Leuten, die mich umgeben, eher um sich selbst und ihre eigenen Ziele geht als um die Menschen in Griechenland. Ich bin mitten im schwarzen Block und trage einen beigefarbenen Mantel. »



#### 4. Das Internet

J4rkill kommt zehn Minuten zu früh zu unserer Verabredung. Ich sitze in meiner Küche, er ist ungefähr 420 Kilometer von mir entfernt. Wo genau er sich aufhält, verrät er nicht. Wir treffen uns bei Skype. »ich rufe in zehn minuten an!«, tippe ich in meinen Laptop, als es klingelt. Ich will mir noch schnell einen Kaffee machen. J4rkill antwortet: »bin da, hab mir extra zeit genommen ^^.«

J4rkill ist zwischen 25 und 30 Jahre alt und arbeitet im IT-Bereich. Auf der Arbeit weiß keiner, dass er sich im Internet J4rkill nennt, dass er Netzaktivist ist und aktiv bei Anonymous. Die Mitglieder von Anonymous hacken Firmenserver und legen Websites lahm. Sie kämpfen gegen das Urheberrecht, gegen Zensur und für WikiLeaks. Ihr politisches Engagement findet nicht in Parlamenten statt, sondern vor allem im Internet.

Das Erste, was ich morgens tue, ist, nach meinem Smartphone zu greifen und E-Mails zu checken. Meistens ist es auch das Letzte, kurz vor dem Einschlafen. Im Internet bin ich dauernd. Warum engagiere ich mich nicht einfach dort? Man muss nicht Hacker sein, um bei Anonymous aktiv zu werden, sagt J4rkill. Er zum Beispiel hat das Blog »Anonymous News« gegründet, auf dem er über netzpolitische Themen schreibt.

Vor anderthalb Jahren merkte J4rkill, dass seine Arbeit etwas bringt. An einem Abend im Januar 2012 veröffentlichte er ein Video mit dem Namen *Was ist Acta?* in seinem Blog und ging ins Bett. In dem Video heißt es, dass Acta, ein internationales Gesetzesvorhaben

gegen Raubkopierer und Produktfälscher, schlampig formuliert sei und nur die Macht der Konzerne und Regierungen im Internet steigern würde. Am Morgen hatte das Video 500 000 Klicks. Nach zwei Wochen waren es drei Millionen. 125 000 Deutsche gingen im Februar gegen Acta auf die Straße. Im Sommer lehnte das Europäische Parlament Acta mit großer Mehrheit ab. »Seitdem mache ich erst recht weiter«, sagt J4rkill.

Das Internet macht es einfach, politisch zu sein. Auch mit Online-Petitionen kann man sich in die Politik einmischen. Es geht so einfach – und trotzdem habe ich noch nie so eine Petition unterschrieben. Ich sitze vor meinem Computer, starre auf das Skype-Fenster und frage mich, warum das so ist. Vielleicht habe ich ein Problem mit klaren Ja/Nein-Antworten. Vielleicht sind mir die Umfangsformen im Netz zu rüde, wo Hacker das Gesetz brechen und aggressive Kommentatoren Shitstorms lostreten. Vielleicht verlasse ich mich einfach darauf, dass andere, die sich besser mit der Technik auskennen, die Freiheit des Internets verteidigen.

J4rkill ist jeden Tag zwei Stunden lang im Internet Relay Chat von Anonymous, dem Kommunikationsmedium der Bewegung. Dort werden die Themen diskutiert und die Aktionen geplant, über die er in seinem Blog berichtet. Jetzt, im Sommer, will J4rkill sich etwas weniger beteiligen: »Mehr Real Life« will er dann, mit Freunden grillen zum Beispiel. Mir sind frische Luft und meine Freunde auch lieber, als drinnen zu sitzen und mit Unbekannten zu chatten.

#### 5. Die Medien

Tilo Jung ist 27 Jahre alt, Studienabbrecher und Model. Ich kenne ihn aus dem Internet. Jung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Leute wie mich für Politik zu interessieren. Ich will wissen, wie er das macht. Seit März hat Jung eine Interviewserie auf YouTube. Sie heißt »Jung & Naiv – Politik für Desinteressierte«. Zehn Minuten dauert so ein Interview, in dem Jung Politiker, Journalisten und Blogger befragt. Mit Wolfgang Kubicki von der FDP hat er über Lohnuntergrenzen gesprochen, mit der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht über die Finanzkrise. Er duzt seine Gesprächspartner und stellt einfache Fragen: Was ist Einlagenschutz? Was ist Kapitalflucht? Was heißt Sozialabbau?

Zu unserem Treffen in Berlin kommt Tilo Jung mit seinem Fixie, er trägt enge Jeans, und die James-Dean-Frisur sitzt. Ich frage ihn, wen er mit den »Desinteressierten« meine, für die er seine Sendung macht. »Leute wie uns«, sagt er, »die nach der Schule sofort mit dem Studium anfangen und danach mit dem Job. Leute, die keine Zeit haben, sich nebenbei mit Politik zu beschäftigen.« Ich fühle mich ertappt. Auch ich finde, dass ich schon genug zu tun habe. Wie kann man dagegen etwas machen? Tilo Jung sagt: »Politik wird schlecht vermittelt, deshalb ist die Hürde zu hoch, sich zu interessieren.«

Ich erinnere mich daran, dass ich früher lieber Hausaufgaben gemacht habe, als mit meinen Eltern vor dem Fernseher zu sitzen und die *Tagesschau* zu gucken. Ich fand die Nachrichten langweilig. Heute habe ich



gar keinen Fernseher. Ich gehöre zu den 96 Prozent meiner Altersgruppe, die keine politischen Talkshows schauen, und, wenn ich ehrlich bin, gelegentlich auch zu den etwa 70 Prozent aller Deutschen, die laut der aktuellen Nichtwähler-Studie des Meinungsforschungsinstitutes Forsa nicht verstehen, was Politiker sagen. Bringt Tilo Jung mir die Politik näher als die *Tagesschau* oder *Günther Jauch*? Emotionalisieren ist eine gute Idee, Tilo Jung schießt über das Ziel hinaus. Als Wagenknecht im Interview sagt, dass sie mit Oskar Lafontaine zusammen ist, fragt Tilo Jung: »Wusst ich gar nicht. Große Liebe und so?« Und sie: »Ja, so kann man's schon sagen.«

## 6. Die Nachbarschaft

21.15 Uhr, Edeka in der Osterstraße, Hamburg-Eimsbüttel. Jetzt bin ich ganz nah. Da, wo Politik konkret wird, in dem Viertel, in dem ich lebe. Chris Heinze, 24, räumt Kisten auf die Straße: Äpfel, Tomaten, Gurken. Eingeschweißte Leberpastete, Hühnchenschenkel, Plätzchen. Lebensmittel, die die Eimsbütteler heute nicht gekauft haben und die sie auch morgen nicht kaufen werden, weil sie nicht mehr schön aussehen oder abgelaufen sind. Marco Scheffler, 45, steht mit ein paar Leuten vor dem Edeka und nimmt die Kisten an. »Weniger als sonst«, sagt er. Heinze, Azubi bei Edeka, sagt: »Wir hatten heute Mittag schon eine Fuhr.« Es war seine Idee, die Lebensmittel zu spenden, die Scheffler und seine Mitstreiter jetzt in einen Park tragen. Und da stehen sie schon und warten: Alte,

Obdachlose, ein Student, zwölf, fünfzehn Leute. Sie drängeln sich um die Kisten, jeder will. Scheffler ruft: »Hey, ruhig, ist doch genug da!« Innerhalb von drei Minuten sind die Kisten leer.

Schefflers Mission ist es, das Leben in unserem Viertel ein bisschen gerechter zu machen. Im Winter hatte er vor seinem Haus eine Tauschbörse eingerichtet: Eimsbütteler konnten dahin ihre Klamotten bringen und andere dafür mitnehmen. Bis seine Hausverwaltung mit der Kündigung drohte. Jetzt will er die Tauschbörse in den Park verlegen. Keine große Sache, könnte man meinen. Schlimmstenfalls wird die Wiese unter dem Zelt braun. Aber das Bezirksamt sieht das anders. Sein Antrag wurde abgelehnt, zweimal legte er Widerspruch ein, ebenfalls ohne Erfolg.

Manche nennen das soziales Engagement, für Marco Scheffler ist es Politik. Er setzt sich gegen den Überfluss ein. Er packt an. Direkter geht Politik nicht, das beeindruckt mich an Scheffler. Gleichzeitig weiß ich: Eigentlich müsste es Abgeordnete in den Parlamenten geben, die verhindern, dass Leute Hunger haben müssen. Das hat auch Scheffler erkannt. Ausgerechnet er, der mit den Behörden seiner Stadt ständig aneinandergerät, will im September für Eimsbüttel in den Bundestag einziehen. Als parteiloser Direktkandidat. Schefflers Wahlslogan heißt: »Mensch macht Politik«. Er glaubt, dass die Wähler ihre Abgeordneten kennen wollen, und zwar nicht nur vom Plakat. »Es ist wichtig, dass sie sehen: Der macht was für uns.« Ich kann mir vorstellen, Scheffler zu wählen.

**U**nd am Ende? Ich habe lange gedacht, die Älteren und die Jugendforscher lägen richtig, wenn sie sagen, wir Jüngeren seien unpolitisch. Jetzt denke ich: Sie haben recht und gleichzeitig unrecht. Es stimmt, dass ich Bundestagsdebatten langweilig finde. Dass mich die Demos der Kapitalismuskritiker nicht überzeugen. Dass ich ständig online bin, aber nicht weiß, ob ich ein Gesetz wie Acta fürchterlich finde oder ganz in Ordnung. Vielleicht liegt es daran, dass es mir gut geht. Ich habe Freunde, einen tollen Job, ich habe genug Geld. Mit Politikverdrossenheit hat das aber nichts zu tun.

Vielleicht haben die Leute, die versuchen, unser politisches Bewusstsein zu erforschen, ein zu starres Bild von Politik. Für sie ist Politik Parteipolitik und Wettbewerb. Sie haben Schablonen, die nicht gut auf uns passen. Ich finde es unangenehm, dass es bei dieser Form von Politik – in den Parlamenten, auf der Straße, im Internet – oft nur um Machtkämpfe geht. Ich glaube, dass das viele andere auch so sehen. Ohne Macht geht Politik nicht. Einige von uns probieren aber neue Formen des politischen Engagements aus. Ich denke an die #Aufschrei-Debatte. Die Diskussionen in meinem Bekanntenkreis haben binnen weniger Tage viel bewirkt. Nicht nur Gesetze helfen gegen den alltäglichen Sexismus, sondern auch Tweets und Gespräche, die ein Bewusstsein für das Problem schaffen. Politik findet eben auch da statt, wo die Jugendforscher nicht hinschauen.